

Arnold Suppan

Institut für Osteuropäische Geschichte, Universität Wien

DIE TSCHECHOSLOWAKEI UND JUGOSLAWIEN IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT¹

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit den parallelen Entwicklungsgeschichten der Tschechoslowakei und Jugoslawien (Nachfolgerstaaten der Habsburgermonarchie) von ihrer Gründung im Herbst 1918 bis zu ihrem Zerfall. Dabei werden innen- und außenpolitische Entwicklungen sowie Probleme der nationalen und konfessionellen Minderheiten als auch wirtschaftliche Gesichtspunkte analysiert.

Schlüsselwörter: Tschechoslowakei, Jugoslawien, Politik, Wirtschaft, Zwischenkriegszeit

1. Die Gründung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Herbst 1918

Nach dem Kaisermanifest Kaiser Karls und der Antwortnote des US-Präsidenten Woodrow Wilson an Wien hinsichtlich des Ersuchens um Waffenstillstand begann sich die Habsburgermonarchie innerhalb von 14 Tagen aufzulösen. Die vor dem Ersten Weltkrieg gewählten Politiker der Deutschösterreicher, Ungarn, Polen, Tschechen, Slowenen, Kroaten und Serben wurden als erste aktiv. Das k. u. k. Kriegsministerium empfahl seinen Militärkommandanten in Prag/Praha, Krakau/Kraków, Lemberg/Lwów/Łviv, Pressburg/Bratislava, Budapest, Zagreb und Sarajevo, mit den nationalen Politikern zu verhandeln, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Am 28. Oktober 1918 wurde in Prag vom Tschechischen Nationalausschuss (bestehend aus Mitgliedern des österreichischen Reichsrates) die selbständige Tschechoslowakei ausgerufen; slowakische Politiker schlossen sich am 30. Oktober an. Bereits am 18. Oktober hatte Tomáš G. Masaryk in den USA die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei verkündet, die auch von den Alliierten anerkannt worden war. Ende Oktober/Anfang November riefen aber deutsch-böhmische und deutsch-mährische Politiker die selbständigen Regionen Deutschöhmen, Sudetenland, Deutsch-Südmähren und den Böhmerwaldgau aus und appellierten an den US-Präsidenten Wilson, ihr Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen. Am 14. November – zwei Tage nach dem Wiener Parlament und zwei Tage vor dem Budapester Parlament – erklärte die Provisorische Nationalversammlung in Prag die Tschechoslowakei zur Republik. Die ersten Maßnahmen der Prager Regierung galten der Sicherung der Nahrungsmittel und des Heizmaterials für die Bevölkerung. Ende November und Anfang Dezember ließ die Regierung ohne wesentlichen Widerstand die deutschen Siedlungsgebiete militärisch besetzen. Die französische Außen- und Militärpolitik deckte diese Vorgangsweise. Militärischen Widerstand gab es lediglich durch polnische Einheiten im ehemaligen Herzogtum Teschen/

¹ Für bibliographische Hinweise: Arnold Suppan, *Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa*, 3 Bände, Wien 2014.

Těšín/Cieszyn. Nach Konsolidierung der böhmischen Länder erfolgte zu Jahresbeginn 1919 der Einmarsch in die Slowakei, um die schließlich bis Juni 1919 mit dem Räteregime in Ungarn gerungen werden musste. Eine weitere Konsolidierung brachte die Abstempelung der österreichisch-ungarischen Kronen Ende Februar 1919, an der die meisten Tschechen, aber auch eine Mehrheit der Sudetendeutschen teilnahm, jedoch nur etwa die Hälfte der Slowaken und nur wenige Magyaren. Als die Prager Regierung unter Führung des früheren Reichsratsabgeordneten Karel Kramář die Teilnahme der Sudetendeutschen an den österreichischen Parlamentswahlen im Februar 1919 verbot, rief die deutsche Sozialdemokratische Partei zu Massendemonstrationen auf, bei denen am 4. März 1919 54 Sudetendeutsche von tschechischem Militär und Polizei erschossen wurden, mehrere Dutzend verletzt. Die Alliierten übergaben die Proteste der deutschösterreichischen Regierung und verlangten von Prag lediglich die Belieferung Wiens mit Kohle.

Am 29. Oktober sagte sich der Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben in feierlicher Sitzung im kroatisch-slawnischen Landtag von der Österreichisch-Ungarischen Monarchie los. Die meisten südslawischen Politiker schlossen sich dieser Willenskundgebung an. In Laibach/Ljubljana bildete sich eine eigene Landesregierung. Auf Grund des Vormarsches italienischer Truppen nach Triest/Trieste, Görz/Gorizia, Istrien und Dalmatien und aus Sorge vor revolutionären Unruhen in Slawonien und Bosnien rief der Nationalrat in Zagreb die serbische Armee zur Hilfe. Parallel dazu entschloss sich die große Mehrheit der in Zagreb versammelten kroatischen, serbischen und slowenischen Politiker, den Zusammenschluss mit den Königreichen Serbien und Montenegro anzustreben. Eine Volksversammlung in der Vojvodina stimmte ebenfalls zu. So proklamierte der serbische Prinzregent Alexander Karadjordjević am 1. Dezember 1918 in Belgrad die Bildung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen. Allerdings war sowohl der künftige Staatsaufbau (zentralistisch oder föderalistisch) als auch das Forderungspaket an die Friedenskonferenz offen geblieben. Während der bereits im Gang befindlichen militärischen Besetzung Südungarns durch serbische Truppen weder die Donauschwaben noch die Magyaren Widerstand entgegensetzten, begann um die Jahreswende 1918/1919 eine militärische Auseinandersetzung in Unterkärnten und in der Untersteiermark, die bis Anfang Juni 1919 anhalten sollte. Ende Jänner 1919 wurden in Marburg/Maribor 13 deutschösterreichische Demonstranten erschossen, Dutzende verletzt. Das junge Königreich schritt bereits im Jänner 1919 zur Abstempelung der österreichisch-ungarischen Kronen (die nur teilweise gelang), hinsichtlich der internationalen Anerkennung kam ihm aber nur die USA entgegen, während Frankreich und Großbritannien bis in den Juni 1919 zuwarteten.

2. Die Grenzziehungen auf der Pariser Friedenskonferenz 1919/1920

Die künftigen Grenzen der beiden neuen Staaten waren beinahe zur Gänze umstritten: einerseits gegenüber den anderen Nachfolgestaaten, andererseits gegenüber Italien und Bulgarien. Zum Glück für die Tschechoslowakei stellte Deutschland keine Gebietsansprüche, da es fürchtete, noch weitere Gebiete an Frankreich, Belgien, Dänemark und Polen abtreten zu müssen. Die alliierten Siegermächte – besonders Frankreich (Marschall Ferdinand Foch!) – unterstützten die weitgehenden Gebietsforderungen der Tschechoslowakei, die vom neuen Außenminister Edvard Beneš mit Geschick und ohne

Skrupel – auch hinsichtlich der bewussten Infragestellung österreichischer und ungarischer Statistiken – vertreten wurden. Ihm kam hierbei die französische Strategie entgegen, in der Nachkriegsordnung möglichst starke neue „Nationalstaaten“ in Ostmitteleuropa zu schaffen, um einen *cordon sanitaire* gegenüber Deutschland und Sowjetrusland aufzubauen. Beneš setzte daher im Rat der Zehn den Erwerb von ganz Böhmen und Mähren sowie von drei Viertel des österreichischen Schlesiens durch, dazu noch den Erwerb einiger niederösterreichischer Gemeinden um Feldsberg und Gmünd; nach längeren Diskussionen und nach Rückzug der ungarischen Räte-Armee aus der Ost-Slowakei gelang Beneš auch hier die Durchsetzung eines Maximalanspruchs entlang der Donau und der Eipel. Lediglich auf die Lausitzer Sorben, auf die Grafschaft Glatz und auf einen Korridor über Westungarn nach Jugoslawien musste er verzichten; immerhin erhielt Prag vom Deutschen Reich das mehrheitlich slawisch besiedelte Hultschiner Ländchen bei Troppau/Opava. Außerdem wurde der Tschechoslowakei auch noch die überwiegend ruthenisch besiedelte Karpato-Ukraine zugeschlagen. Als Fazit blieb freilich, dass die beiden neuen „Staatsvölker“ der Tschechen und Slowaken nur 2/3 der neuen Bevölkerung ausmachten (zusammen knapp 9 Millionen), während die nationalen Minderheiten der Deutschen, Magyaren, Ruthenen, Polen und Juden zusammen knapp 5 Millionen zählten. Um die Auslegung des neuen Minderheitenvertrags sollte es aber bis 1938 Diskussionen geben.

Das neue jugoslawische Königreich hatte um seine neuen Grenzen schwerer zu kämpfen, da ihm das Großmachtinteresse Italiens entgegenstand. Dem Vormarsch südslawischer Truppen in Richtung Klagenfurt traten noch im Dezember 1918 Kärntner Heimwehreinheiten entgegen. Zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Graz wurden Offiziere der nach Wien gekommenen US-Delegation unter Leitung des Harvard-Professors Archibald C. Coolidge als Beobachter eingeladen. Daraus entstand die Miles-Mission, die Ende Jänner/Anfang Februar 1919 die Untersteiermark und Unterkärnten bereiste. Ihr Bericht, von Coolidge an den Präsidenten Wilson in Paris gesandt, machte in der zuständigen Territorialkommission Eindruck und veranlasste schließlich den Rat der Drei (Wilson, Clemenceau, Lloyd George) Mitte Mai 1919, für das Klagenfurter Becken eine Volksabstimmung ansetzen zu lassen. Die militärische Besetzung Klagenfurts erwies sich als ebenso wirkungslos als slowenische Interventionen beim Präsidenten Wilson. Die Volksabstimmung wurde schließlich im Vertrag von Saint-Germain festgelegt. Nach Teilung des Abstimmungsgebietes wurde das Plebiszit am 10. Oktober 1920 unter alliierter Kontrolle durchgeführt, in dem 59% der Bevölkerung für den Verbleib bei Österreich stimmte. Ausschlaggebend war – neben der geschickteren deutsch-österreichischen Propaganda –, dass sich fast die Hälfte der Kärntner Slowenen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen für Österreich entschied.

Gegenüber Ungarn konnte Jugoslawien hingegen die meisten seiner Forderungen durchsetzen und die wirtschaftlich reiche Batschka sowie die Südostecke der Baranya, Medjumurje und Prekmurje erwerben, während der Banat mit Rumänien geteilt werden musste. Auch gegenüber Bulgarien setzte Jugoslawien die Abtretung von vier durchwegs von Bulgaren und Makedoniern besiedelte Grenzregionen durch. Schwere Verluste erlitt Jugoslawien hingegen im Vertrag von Rapallo 1920 gegenüber Italien, das das gesamte österreichische Küstenland (Görz-Gradisca, Triest, Istrien) annektierte, dazu auch noch Zara/Zadar und einige dalmatinische Inseln. Fiume/Rijeka wurde vorerst Freistaat, 1924 allerdings zwischen Italien und Jugoslawien geteilt. Da Italien keinen Minderheitenvertrag

unterzeichnen musste – wie Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Griechenland –, blieben nun 350.000 Slowenen und 150.000 Kroaten ohne Minderheitenschutz. In nationaler Hinsicht sollten aber nicht Minderheitenprobleme das neue Königreich belasten, sondern das Verhältnis zwischen Serben und Kroaten.

3. Die zentralistischen Verfassungen von 1920/1921 und neuen Verwaltungen

Das tschechoslowakische Parlament beschloss Ende Februar 1920 eine neue Verfassung, das Königreich SHS erst am 28. Juni 1921 (an einem neuen Vidovdan!). Beide Verfassungen lehnten sich an die französische Verfassung an und basierten auf Mehrheitsbeschlüssen, da die meisten Abgeordneten der Minderheiten – in Jugoslawien sogar die Mehrheit der Kroaten und Slowenen – dagegen stimmten. Vor allem die tschechischen und serbischen Abgeordneten waren daran interessiert, die Macht der zentralen Regierung, des zentralen Parlaments und des Gesamtstaates zu stärken und keine neuen Länderregierungen – etwa für Böhmen, Mähren und die Slowakei bzw. für Slowenien und Kroatien – zuzulassen. Das bedeutete, dass etwa autonome Länderrechte aus der Habsburgerzeit in Verwaltung, Rechtswesen und Schule verschwanden. In der Tschechoslowakei nützten dies auch über 20.000 tschechische Beamte, Lehrer, Richter und Staatsanwälte, um Anstellungen in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine zu erhalten, deren Autonomie auch nur pro forma bestand. In Jugoslawien ersetzten slowenische Staatsbedienstete viele deutsche, in Kroatien kroatische und serbische viele ungarische, und in der Vojvodina viele serbische die durchwegs ungarischen oder magyrisierten Beamten. Während in der Tschechoslowakei die Gauordnung nur in der Slowakei realisiert wurde, wurde Jugoslawien – nach französischem Vorbild – in 33 Departements eingeteilt. Die Zentralbeamten wurden vom Präsidenten bzw. König ernannt.

Während im Prager Parlament in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre erfolgreich eine Verwaltungsreform verabschiedet wurde, die den Zentralismus etwas zurücknahm, zerbrach die schwierige Zusammenarbeit von serbischen und kroatischen Parteien im Belgrader Parlament nach einem Attentat eines montenegrinischen Abgeordneten auf Mitglieder der Kroatischen Bauernpartei, dem auch ihr Obmann Stjepan Radić zum Opfer fiel. Nach der Einführung der Königsdiktatur am 6. Jänner 1929 wurde das neue „Königreich Jugoslawien“ in neun Banovine geteilt, und zwar so, dass das serbische Ethnikum in sechs von ihnen eine Mehrheit hatte. Die Kroaten stellten nur in zwei die Mehrheit, die Slowenen in einer. Selbst der Jugoslawien-Kenner und -Freund, Robert William Seton-Watson, kritisierte diese Verwaltungsaufteilung ziemlich scharf. Im Hintergrund der auch in den 1930er Jahren anhaltenden Zentralisierungstendenzen stand die Angst der tschechischen und serbischen politischen Kreise, bei Zuerkennung von Autonomien, etwa an die Slowaken, die Kroaten oder die Slowenen, auch Begehrlichkeiten der deutschen und ungarischen Minderheiten zu wecken, die staatsgefährdend werden könnten. Freilich muss die Antwort auf die Frage offen bleiben, ob eine föderal gegliederte Tschechoslowakei oder ein föderal gegliedertes Jugoslawien stärkeren Widerstand gegen die Aggressionspolitik Hitler-Deutschlands hätten leisten können. In Prag verwehrten sich tschechische Regierungskreise vehement gegen die slowakischen Autonomieforderungen (auch um sudetendeutsche niederzuhalten),

bis sie nach dem Münchener Abkommen dennoch nachgeben mussten. Letzten Endes nützte aber Hitler die Spannungen zwischen Prag und Pressburg, um Mitte März 1939 die Zweite Tschecho-Slowakische Republik zu zerstören. In Jugoslawien kam es immerhin Ende August 1939 zu einer Vereinbarung (*Sporazum*) zwischen der serbisch geführten Regierung von Dragiša Cvetković und dem kroatischen Oppositionschef Vladko Maček, die eine größere *Banovina Hrvatska* entstehen ließ. Im April-Krieg 1941 stärkte dies jedoch keineswegs die Widerstandskraft Jugoslawiens.

4. Parteien und Regierungen

Beide Staaten führten von Beginn an ein parlamentarisch-demokratisches System ein, das von einer Vielfalt an Parteien getragen wurde. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Staaten bestand im Staatsoberhaupt, da in Prag der vom Parlament gewählte Staatspräsident (bis 1935 Masaryk, dann Beneš), in Belgrad König Alexander (bis zu seiner Ermordung 1934, dann sein Cousin Prinz Paul) an der Spitze stand; König Alexander besaß ab 1929 diktatorische Vollmachten, was auch von den Bündnispartnern Frankreich, Tschechoslowakei und Rumänien akzeptiert wurde. Während in der Tschechoslowakei auch noch 1935 demokratische Wahlen nach westlichem Vorbild durchgeführt wurden, endeten diese in Jugoslawien bereits 1927. Die stärksten Parteien waren Bauernparteien, Arbeiterparteien (Sozialdemokraten und Kommunisten), bürgerliche Parteien und katholische Parteien; den meisten Parteien gemeinsam war allerdings ein starker Nationalismus, sei es ein tschechischer, slowakischer, serbischer, kroatischer, slowenischer, deutscher oder ungarischer; d. h. nur wenige Parteien vertraten eine internationalistische Ideologie, am ehesten die Kommunisten, die allerdings in Jugoslawien schon 1921 verboten worden waren. In Prag bildeten fünf überwiegend tschechische Parteien eine Art Verband (**pětká**), deren Obleute zum engsten Beraterkreis von Masaryk gehörten. Stellte in der Tschechoslowakei die tschechoslowakische Agrarpartei von 1922 bis 1938 den Ministerpräsidenten (vorher die Nationaldemokraten und die Sozialdemokraten), so waren es in Jugoslawien durchwegs serbische nationalistische Parteien (die Radikale Partei oder die Demokratische Partei), manchmal in Koalition mit der Kroatischen Bauernpartei; lediglich im zweiten Halbjahr 1928 diente der slowenische katholische Priester Anton Korošec als Kompromisskandidat. Im Frühjahr 1935 erhielt auch der bosnische Moslemführer Spaho ein Ministeramt. Als im Mai 1935 die Sudetendeutsche Partei stärkste Partei im Prager Parlament wurde, hoffte sie aber vergeblich auf eine Regierungsbeteiligung, die seit 1926 der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei und dem Bund der Landwirte, ab 1929 auch den deutschen Sozialdemokraten gewährt worden war. Während in der Tschechoslowakei der Einfluss der römisch-katholischen Kirche auch durch den Austritt von über einer Million Gläubigen deutlich eingeschränkt wurde, bestand im multikonfessionellen Jugoslawien ein gewisses Patt zwischen serbischer Orthodoxie und katholischer Kirche bei den Kroaten und Slowenen.

5. Nationale und konfessionelle Minderheiten

Auf Grund der Minderheitenverträge von Saint-Germain hatten die Tschechoslowakei und Jugoslawien ihren nationalen, sprachlichen und konfessionellen Minderheiten bestimmte Rechte für die Verwendung ihrer Sprachen vor Behörden, in den Schulen und vor Gerichten zusichern müssen. Die Minderheitenverträge stellten aber die Minderheiten nicht den „**Staatsvölkern**“ gleich, wie es im altösterreichischen Art. XIX StGG 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger geheißen hatte. Im Gegenteil, in beiden Staaten wurde eine offene und verdeckte Assimilationspolitik betrieben, um die Zahlen für die Minderheiten soweit zu senken, dass sie keinen „verhältnismäßig beträchtlichen Anteil“ mehr ausmachten. Die Zahlen der offiziellen Volkszählung von 1930 bzw. 1931 zeigten aber eindeutig, dass die Deutschen nach wie vor in den meisten der nord- und südböhmischen sowie nord- und südmährischen Randbezirken eine deutliche Mehrheit ausmachten, die Ungarn in den südslovakischen Randbezirken, während Ungarn und Deutsche („Donauschwaben“) nach wie vor die nördlichen und westlichen Bezirke der Batschka dominierten.

In den 1920er Jahren nahmen die Sudetendeutschen die tendenzielle Verschlechterung der Stellung ihrer Minderheitensprachen mit einigen formalen Protesten hin, da sich die wirtschaftliche Lage immer besser entwickelte und vor allem die nordböhmische Industrie große Exporterfolge erzielte. Als jedoch die Prager Regierung im Februar 1926 eine Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz von 1920 erließ, kam es zu Demonstrationen und Kundgebungen in vielen sudetendeutschen Städten. Nach Eintritt zweier deutscher Minister in die Regierung gelang 1927 immerhin eine Verwaltungsreform, die auch bei Außenminister Gustav Stresemann in Berlin und Bundeskanzler Ignaz Seipel in Wien Anerkennung fand. Die Lage der Minderheiten hing auch von ihrer sozialwirtschaftlichen Stärke ab, die bei den Sudetendeutschen besonders ausgeprägt war, besaßen sie doch eine Reihe hervorragender Industriebetriebe im Textil-, Glas- und Chemiebereich; Namen wie Kunert oder Schicht hatten Weltruf, auch die Gablonzer Glasindustrie hatte einen hohen Exportanteil. Weltbekannt waren auch die nordwestböhmischen Bäder Karlsbad, Marienbad und Franzensbad, die bis zur Weltwirtschaftskrise Treffpunkte einer internationalen Elite waren. Gute Industriebetriebe besaßen auch die untersteirischen Deutschen sowie eine Reihe von Donauschwaben, letztere in der Hanfproduktion. Trotz der Bodenreformen in der Tschechoslowakei und Jugoslawien besaßen eine ganze Reihe von deutschen und ungarischen Aristokraten, aber auch jüdische Großbürger noch ausgedehnten Großgrundbesitz und waren somit Arbeitgeber für zehntausende West- und Südslawen. Diese sozialwirtschaftliche Vorrangstellung war nicht selten Anlass für antideutsche, antiungarische und antijüdische Haltungen und Stimmungen, die mit der Weltwirtschaftskrise noch stärker hervortraten.

6. Wirtschaftliche Stabilisierung und Weltwirtschaftskrise

Die Tschechoslowakei hatte aus dem Nachlass Österreich-Ungarns die beste wirtschaftliche Erbschaft gemacht. Die maßgeblichen Nationalökonomien der Zeit waren sich zwar nicht einig, ob der nunmehr tschechoslowakische Anteil an der früheren Industrie-

produktion Cisleithaniens 70, 60 oder „nur“ 50 Prozent betragen hatte, dennoch blieb als Faktum, dass in der neuen Tschechoslowakei sowohl Industrie, Bergbau und Gewerbe als auch Land- und Forstwirtschaft in beachtlichem Umfang und konkurrenzfähiger Qualität vorhanden waren. Sowohl die Textil-, Glas-, Porzellan, Chemie-, Maschinen- (Škoda), Leder- (Bata), Papier-, Möbel- und Emailindustrie als auch die Zucker-, Bier- (Pilsner, Budweiser) und Malzindustrie besaßen auf dem Weltmarkt hohe Wertschätzung. Über die nunmehr internationalisierten Flüsse Elbe, Oder und Donau funktionierte der Export auf die internationalen Märkte. Der tschechoslowakische Wirtschaft standen im Übrigen bestausgebildete Arbeitskräfte auf mehreren Qualifikationsstufen zur Verfügung, die vielfach im alten österreichischen Schulsystem ausgebildet worden waren, das für den technisch-gewerblichen Bereich mehrere Technische Hochschulen sowie zahlreiche Realschulen und Fachschulen bereitgestellt hatte. Auch im wirtschaftlichen Bereich setzte die tschechoslowakische Administration nationalistische Maßnahmen, um mittels „Nostrifizierung“ die Zentralen altösterreichischer Konzerne und Banken nach Prag zu holen und tschechische Mehrheiten in den Verwaltungsräten sicherzustellen. Die Bodenreform in den böhmischen Ländern betraf etwa 40 Prozent des „deutschen Großgrundbesitzes“, der vor 1918 noch 1,5 Million Hektar umfasst hatte. Nun wurde den Latifundienbesitzern wie den Fürsten von Schwarzenberg und Liechtenstein oder den Grafen Colloredo-Mannsfeld, Waldstein, Clam-Gallas und zwei Dutzend weiteren insgesamt etwa 640.000 ha gegen Entschädigung entzogen, während sie noch 875.000 ha behalten durften. Die alten Familien-Fideikommissionen wurden aufgelöst. Diese Bodenreform kam in Innerböhmen und Innermähren vor allem vielen tschechischen Mittelbauern zugute. In der Slowakei verlor der ungarische Großgrundbesitz sogar 1,6 Millionen ha, die zum Teil an hunderttausende slowakische Kleinbauern aufgeteilt wurden.

Die wirtschaftliche Ausgangslage Jugoslawiens war nach 1918 wesentlich schlechter. Serbien, Makedonien, aber auch die westlichen Teile von Slowenien waren im Weltkrieg stark beschädigt worden. Im gesamten Land fehlte – mit Ausnahme Sloweniens und der Vojvodina – sowohl eine konkurrenzfähige Industrie als auch eine entsprechende Infrastruktur. Die 1919 eingeleitete Bodenreform richtete sich vorwiegend gegen den Großgrundbesitz der ungarischen Aristokratie, der katholischen Kirche und der Muslime, weniger gegen deutsch-österreichische Großgrundbesitzer in Slowenien und Kroatien. Andererseits profitierten von der Bodenaufteilung die hunderttausende serbischen, kroatischen, slowenischen, bosnischen und makedonischen Kleinbauern nur wenig. Exportfähig waren nur Getreide, Holz, Hanf und Lebewiehe, die auf die Märkte in Österreich, Deutschland und Italien angewiesen waren. Immerhin gelang in Slowenien der Aufbau einer modernen Textilindustrie. Mangels eines höheren Schulwesens in den südlichen Provinzen fehlten weitgehend entsprechende Facharbeitskräfte; dennoch drängte die dörfliche Überbevölkerung in die nur langsam wachsenden Großstädte. Bereits Ende der 1920er traf Jugoslawien das Absinken der Weltmarktpreise für Agrarprodukte, das zu großer Verschuldung der Bauernschaft und der Agrarbanken führte. Schon zu Beginn der 1930er wurde daher Jugoslawiens Export immer stärker vom deutschen Markt abhängig, was Hitler und Göring bald in politische Abhängigkeit ummünzten.

Die eigentliche Weltwirtschaftskrise traf die stark exportorientierte tschechoslowakische Wirtschaft wesentlich härter. Binnen weniger Jahre stieg die Zahl der Arbeitslosen auf etwa eine Million, von denen mehr als die Hälfte Sudetendeutsche waren. Die Krise

traf eben die sudetendeutsche Konsumgüterindustrie (einschließlich des Bädertourismus) wesentlich härter als die stärker auf Grundstoffe orientierte tschechische Industrie. Außerdem begann auch die Prager Regierung die Rüstungsindustrie zu forcieren und entlang der Grenzen zu Deutschland Verteidigungsanlagen zu errichten. Der österreichische Gesandte in Prag, Ferdinand Marek, erkannte bereits im April 1935, dass die Massenarbeitslosigkeit unter den Sudetendeutschen (etwa 35%) vor allem die jüngeren Sudetendeutschen in die Arme der Sudetendeutschen Partei und bald auch in die der NSDAP trieb, was die zunehmende NS-Propaganda aus Sachsen und Schlesien kräftig förderte.

7. Die Kleine Entente und Frankreich als Haupt-Bündnispartner

Vor allem auf Betreiben des tschechoslowakischen Außenministers Beneš schloss die Tschechoslowakei bereits 1920 und 1921 Bündnisse mit Rumänien und Jugoslawien und regte auch ein solches zwischen Bukarest und Belgrad an. Hauptzweck war die Absicherung gegen die offen geäußerten Revisionsforderungen Ungarns; ein wichtiger Nebenzweck war aber auch die Absicherung gegen eine allfällige Restauration der Habsburger in Ungarn und Österreich; König Karl hatte ja im Frühjahr und Herbst 1921 zweimal einen Restaurationsversuch in Ungarn unternommen, bevor er auf die Insel Madeira verbannt wurde. Beneš schmiedete danach die Kleine Entente zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, die im Falle einer Revision oder einer Restauration gemeinsam mobilisieren und einmarschieren sollten. Frankreich, das dieser Kleinen Entente anfänglich skeptisch gegenüberstand, sicherte dieses Bündnis indirekt durch bilaterale Bündnisse mit Prag, Bukarest und Belgrad ab. Die Kleine Entente litt freilich von Beginn an zwei fundamentalen Schwachpunkten: Sie sicherte weder die Tschechoslowakei gegen allfällige Revisionsforderungen Deutschlands ab, noch Rumänien gegen solche seitens der Sowjetunion, und auch nicht Jugoslawien gegen solche Italiens. Der zweite Schwachpunkt war, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht besonders funktionierte, da die auch agrarisch starke Tschechoslowakei nur wenige Agrarexporte aus Rumänien und Jugoslawien aufnehmen konnte.

Darüber hinaus gab es zwischen Prag und Belgrad eine wesentliche Interessensdifferenz. Während Beneš ständig von einer drohenden „Anschluss“-Gefahr sprach, entwickelte sich in Belgrader Regierungskreisen seit den frühen 1930er Jahren eine regelrechte Restaurationsphobie. Obwohl sich in Berlin Reichskanzler Hitler längst zum totalitären Diktator aufgeschwungen hatte, der mit Sicherheit keine Restauration in Österreich hingenommen hätte (ganz zu schweigen von den österreichischen Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten), läuteten im Sommer 1935 in Belgrad alle Sturmglocken, als Bundeskanzler Schuschnigg die Anti-Habsburgergesetze von April 1919 entschärfen ließ. Daher ließ der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinović Ende August 1935 bei einem Treffen der Kleinen Entente im malerischen Bled die gemeinsamen Einmarschpläne im Falle einer Restauration in Österreich verschärfen. Erst nach dem deutsch-österreichischen Juliabkommen 1936 ließ diese für viele internationale Beobachter schwer verständliche Restaurationsangst nach.

8. Das Verhältnis zu NS-Deutschland und die „Anschluss“-Frage

Wie bereits angedeutet, gehörte die Ablehnung eines allfälligen „Anschlusses“ Österreichs an Deutschland zu einem der wesentlichsten Axiome der tschechoslowakischen Außenpolitik. In diesem Punkt waren sich alle tschechischen und slowakischen Parteien im Prager Parlament einig. Außenminister Beneš verstieg sich in seinen vielen Gesprächen und Telefonaten mit ausländischen Politikern und Diplomaten sogar immer wieder zur Drohung: „Anschluss“ bedeutet Krieg! Freilich gab es in tschechoslowakischen Wirtschaftskreisen – nicht zuletzt unter den Agrariern – auch Stimmen zugunsten einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland und Österreich. Dies aber stimmte nicht mit der grundsätzlich anti-deutschen und anti-österreichischen Haltung vieler nationalistischer tschechischer Politiker überein, zu denen auch Präsident Masaryk und Außenminister Beneš gehörten. Hingegen ist festzustellen, dass kein maßgeblicher Politiker der Weimarer Republik und der Republik Österreich Revisionsforderungen gegenüber der Tschechoslowakei erhob.

Dennoch gab es 1933/1934 keine – zumindest verbale – Unterstützung für Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, als dieser ab Mai 1933 unter zunehmenden Druck Hitler-Deutschlands geriet. Vordergründig lehnte die Mehrheit der tschechischen Parteien die Ausschaltung der Parlaments und die Einführung der Diktatur in Wien ab; hintergründig aber standen der Calvinist Masaryk und der Taufschein-Katholik Beneš dem klerikalen Kurs Dollfuß' misstrauisch gegenüber. Auch die Flucht vieler Wiener „Schutzbündler“ in die Tschechoslowakei nach dem gescheiterten Februaraufstand 1934, dürfte das anti-österreichische Klima verstärkt haben. Erstaunlicherweise erkannten sowohl Masaryk als auch Beneš, als auch Ministerpräsident Milan Hodža (ein slowakischer Politiker, der einst mit Erzherzog Franz Ferdinand zusammengearbeitet hatte), erst relativ spät – vermutlich erst 1936 – die von Hitler und dem Nationalsozialismus ausgehende Gefahr für die Tschechoslowakei. Auch die geheimen Kontakte führender sudetendeutscher Politiker zu NS-Kreisen im Reich wurden erst schrittweise offenbar. Geheimverhandlungen im November und Dezember 1936 (Hitler hatte zwei Emmissäre nach Prag entsandt) zeigten aber die unüberbrückbaren Gegensätze auf. Die Tschechoslowakei war nicht nur fest in einem Bündnis mit Frankreich verankert, sondern hatte im Mai 1935 auch ein solches mit der Sowjetunion geschlossen, was Hitler sehr negativ kommentiert hatte. Versuche Hodžas im Jahre 1937, Schuschnigg zu einer Kursänderung in Richtung Prag zu bewegen, verliefen ergebnislos, da Wien aus der propagandistisch täglich verkündeten wirtschaftlichen und sozialen Umklammerung seitens Deutschlands nicht mehr loskam. Dennoch wirkten die Demütigung Schuschniggs auf dem Berghof im Februar 1938 und die rasche Entwicklung zum tatsächlichen „Anschluss“ auf die führenden politischen Kreise in Prag wie ein Schock. Jetzt erst begriffen viele, dass die Tschechoslowakei das nächste Aggressionsziel Hitlers werden könnte.

Vergleichbare „Anschluss“-Ängste gab es in Belgrader Regierungskreisen nie, eher unter slowenischen Politikern. Unter ihnen gab es freilich auch völlig abstruse Überlegungen, im Falle eines „Anschlusses“ Österreichs mit Hitler eine Abtretung Slowenisch-Kärntens aushandeln zu können. Serbische und kroatische Wirtschaftskreise betrachteten hingegen schon in den 1920er Jahren eine engere Zusammenarbeit mit dem großen agrarischen Absatzmarkt Deutschland als sehr positiv, darüber hinaus profitierte Serbien von deutschen Reparationslieferungen, wie etwa eine neue Stahlbrücke über die Donau zwischen

Belgrad und Patschowa/Pančevo im Banat. Als Ende der 1920er Jahre Mussolini seine Aggressionsdrohungen gegenüber Jugoslawien verstärkte, schwenkte auch der frankophile König Alexander I. auf einen deutschfreundlichen Kurs ein. Dies zeigte sich im Kompromiss um die Enteignung des „Deutschen Hauses“ in Cilli aus dem Jahre 1919, die nun mit der Gründung einer Deutschen Schulstiftung in der Vojvodina ausgeglichen wurde.

Auch nach dem Machtantritt Hitlers setzte Belgrad seinen deutschfreundlichen Kurs fort, der bereits im Mai 1934 zu einem für beide Seiten positiven Handelsvertrag führte. Im Übrigen kam dieser Vertrag auch den donauschwäbischen Hanfproduzenten zugute, die nun verstärkt ihre Seile an die deutsche Kriegsmarine und Handelsschifffahrt liefern konnten. Ende Juli 1934 flüchteten über 2.000 österreichische Juli-Putschisten nach Jugoslawien und wurden im Herbst mit zwei deutschen Schiffen nach Deutschland überführt. Zwar warnte der slowenische Innenminister Korošec vor dem zunehmenden Einfluss des Nationalsozialismus unter den Deutschen in der Untersteiermark und in der Vojvodina, aber der aus Wirtschaftskreisen kommende serbische Ministerpräsident Stojadinović wollte auf die vorteilhafte Zusammenarbeit mit Berlin nicht verzichten. Als er am 17. Jänner 1938 von Hitler in Berlin empfangen wurde, erhielt er vom Reichskanzler die beruhigende Zusicherung, dass Deutschland weder an der Adria noch am Balkan territoriale Interessen habe und dass Deutschland keine Restauration der Habsburger in Österreich zulassen werde. Stojadinović sagte hierauf den für Hitler entscheidenden Satz: „Jugoslawien betrachtet die österreichische Frage als reine innere Angelegenheit des deutschen Volkes.“ Tatsächlich befahl Stojadinović am 12. März 1938 seinen Grenztruppen, mit Vertretern der deutschen Wehrmacht in der Steiermark Kontakt aufzunehmen. Am 22. März gab es auf der noch im Jahre 1919 umkämpften Murbrücke zwischen Radkersburg und Oberradkersburg ein Defilée deutscher und jugoslawischer Einheiten.

9. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei

Der preußische Ministerpräsident Hermann Göring und der ehemalige deutsche Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath hatten zwar am 12. März 1938 dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Vojtěch Mastný, zugesichert, dass die Ereignisse in Österreich keinen negativen Einfluss auf die Beziehungen zwischen Berlin und Prag haben würden. Hitler bestellte aber schon Ende März die beiden führenden sudeten-deutschen Politiker Konrad Henlein und Karl Hermann Frank zu sich, um ihnen nahe zu legen, dass sie in ihren Forderungen an die Prager Regierung immer einen Schritt weiter gehen sollten, als die tschechoslowakische Führung unter Beneš und Hodža zu geben bereit wäre. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass Hitler schon bei seiner Geheimkonferenz in der Reichskanzlei am 5. November 1937 den Oberbefehlshabern von Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine, sowie dem Außenminister und Kriegsminister seine künftigen Expansionspläne entwickelt und dabei Österreich und die Tschechoslowakei als Expansionsziele genannt hatte; erstaunlicherweise hatte Hitler hingegen die Sudetendeutschen mit keinem Wort erwähnt. Schon damals ging es Hitler also um die rüstungswirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen Wiens und Prags, was er lange mit der nationalpolitischen Karte zu verschleiern versuchte. Freilich war Hitler wiederholt

von seinem Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht darauf aufmerksam gemacht worden, dass Deutschland sein gewaltiges Aufrüstungstempo nicht mehr lange durchhalten könne. Wie knapp es im März 1938 bereits um die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank bestellt war, zeigt allein die Tatsache, dass die Bestände der Österreichischen Nationalbank nur wenige Tage nach dem „Anschluss“ bereits nach Berlin transferiert wurden.

Die tschechoslowakische Regierung hatte seit 1933 teilweise mitbekommen, wie stark Hitler die Aufrüstung vorantrieb. Daher rollten auch schon 1934 die ersten modernen Škoda-Panzer vom Band. Auch mit dem Aufbau einer Verteidigungslinie in Nordböhmen und Nordmähren wurde begonnen, zum Teil nach dem Vorbild der Maginot-Linie, freilich durchwegs im sudetendeutschen Gebiet. Die Tschechoslowakei stand daher im Frühjahr 1938 nicht wehrlos dar und hätte der Wehrmacht zweifellos starken Widerstand leisten können. Doch Präsident Beneš setzte auf die Unterstützung durch Frankreich, die Sowjetunion und Großbritannien, wozu alle drei Mächte nicht bereit waren, wie eine Auswertung der diplomatischen Akten ganz klar zeigt. Auch das Bündnis der Kleinen Entente sollte sich als vollkommen unwirksam erweisen.

Ab April 1938 lief die Zuspitzung des Konflikts zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wie auf einer schiefen Ebene ab. Im April formulierten die Sudetendeutschen auf ihrem Karlsbader Parteitag ihre Forderungen nach weitgehender politischer, wirtschaftlicher und kultureller Autonomie; im Mai 1938 verursachte eine schlechte tschechoslowakische Aufklärung eine Mobilisierungskrise; danach beauftragte Hitler seinen Generalstab, den „Fall Grün“ vorzubereiten, d.h. einen Angriff auf die Tschechoslowakei; Ende Mai und Anfang Juni 1938 gewann die Sudetendeutsche Partei (SdP) bei Kommunalwahlen den Großteil der sudetendeutschen Stimmen; trotz wiederholter Warnungen britischer Diplomaten kamen Autonomieverhandlungen zwischen der Prager Regierung und Vertretern der SdP nur langsam vom Fleck; im August entsandte die britische Regierung Lord Runciman als Sondervermittler, der letzten Endes nur mehr in der Abtretung des Sudetenlandes einen Ausweg sah. Als Hitler im September auf dem Nürnberger Parteitag mit Krieg drohte und die Prager Regierung über 13 sudetendeutsche Bezirke den Ausnahmezustand verhängte, setzte sich Premierminister Arthur Neville Chamberlain ins Flugzeug und kam am 15. September zu Hitler auf den Berghof. Hier stimmte er Hitlers Forderung nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zu und erhielt wenige Tage danach auch die Zustimmung der französischen Regierung. Am 21. September setzten der britische und der französische Gesandte diese Bedingung auch bei Beneš und der Prager Regierung durch. Als aber Hitler in Bad Godesberg gegenüber Chamberlain noch weitere Forderungen erhob, ließ die Prager Regierung mobilisieren. Um den drohenden Krieg abzuwenden, schaltete Chamberlain schließlich Mussolini als Vermittler ein, was zur Vierer-Konferenz in München am 29. und 30. September führte: Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier stimmten den Modalitäten der Abtretung des „Sudetenlandes“ zu, wobei erstaunlicherweise (ohne tschechoslowakischen Protest!) nicht die tschechoslowakische Nationalitätenstatistik von 1930 sondern die österreichische von 1910 herangezogen wurde. Chamberlain erhielt von Hitler auch noch die schriftliche Zusicherung, künftige Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen; die Parlamente in London und Paris stimmten im Oktober 1938 mit großer Mehrheit dem „Münchener Abkommen“ zu.

Hitler dachte jedoch nicht im Entferntesten an die Einhaltung des Münchener Abkommens. Nach der unter dem Jubel der sudetendeutschen Bevölkerung erfolgten Inbesitznahme von Nord- und Südböhmen, Nord- und Südmähren sowie des schlesischen Gebietes von Jägerndorf und Troppau (Teschen fiel an Polen), gab Hitler bereits am 21. Oktober 1938 seiner Wehrmacht den Befehl, sich auf eine Eroberung der „Rest-Tschechei“ vorzubereiten. Vorerst passte sich die neue Prager Regierung und der neue Präsident Emil Hácha – Beneš war Ende Oktober nach London ins Exil gegangen – allen Wünschen Berlins an, auch hinsichtlich des Verbots der KPČ. Die Slowakei erhielt zwar ihre gewünschte Autonomie, verlor aber ihre südlichen Gebiete mit ungarischer Mehrheit an Ungarn. Als Anfang März 1939 ein Streit zwischen Prager Regierung und slowakischer Landesregierung eskalierte, griff Hitler ein. Zuerst bestellte er den abgesetzten slowakischen Regierungschef Tiso nach Berlin und forderte ihn auf, den Landtag in Pressburg zu einer Unabhängigkeitserklärung zu veranlassen; dies geschah am 14. März mittags. Unmittelbar danach ersuchte Hácha um eine Aussprache in Berlin, die er sofort erhielt, freilich nicht in seinem Sinne. Denn in den frühen Morgenstunden des 15. März konfrontierte ihn Hitler mit der ultimativen Forderung, die „Rest-Tschechei“ dem Schutz des Reiches zu unterstellen; Göring drohte sogar mit einer Bombardierung Prags. Der völlig hilflose Hácha musste kapitulieren und seiner Regierung Befehl geben, die Truppen in den Kasernen zu belassen. Um 6 Uhr früh begann bei Schnee und Regen der Einmarsch der Wehrmacht, bereits gegen 10 Uhr hatten sie Prag erreicht. Hitler folgte noch am selben Abend – ohne Wissen Háchas – nach, ließ über Nacht ein Statut für das „Protektorat Böhmen und Mähren“ ausarbeiten, das am Vormittag des 16. März 1939 verkündet wurde. Hitler selbst hatte nicht nur das Münchener Abkommen sondern erstmals auch das Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes gebrochen und begann seine imperialen Eroberungskriege vorzubereiten. Mit dem modernen Waffenarsenal der tschechoslowakischen Armee und größeren Teilen der Gold- und Devisenbestände der Prager Nationalbank war er zur stärksten Macht in Europa aufgerückt. Die Appeasement-Politik Londons aber war vollkommen gescheitert.

10. Die Zerschlagung Jugoslawiens

Die Eroberung und Zerschlagung Jugoslawiens gehörte nicht zu den Aggressionszielen Hitlers. Im Gegenteil: Die Bodenschätze (Kupfer, Eisen, Bauxit, Chrom, etc.) und die landwirtschaftlichen Produkte Jugoslawiens sollten ungestört der deutschen Kriegswirtschaft zugutekommen. Daher versuchte Hitler auch die Aggressionsabsichten Mussolinis gegenüber Jugoslawien im Zaum zu halten. Zwar gab es vor allem unter den serbischen Politikern und Offizieren noch immer starke Anhänger Frankreichs und Großbritanniens, doch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland schien wichtiger zu sein. Jugoslawien bekundete nicht nur im Krieg Deutschlands gegen Polen sondern auch gegenüber Frankreich seine Neutralität. Freilich hatte die Wehrmacht im Juni 1940 in Frankreich Dokumente gefunden, die geheime militärische Besprechungen zwischen Paris und Belgrad bestätigten. In Berlin kam daher ein gewisses Misstrauen auf, da sich nach dem Scheitern der Luftoffensive gegen Großbritannien im Sommer 1940 dieses sich wieder verstärkt für Südosteuropa zu interessieren begann. Auch das deutsche Interesse nahm

zu, besonders nachdem Ende Oktober 1940 der italienische Angriff gegen Griechenland in den albanisch-griechischen Grenzgebirgen liegen geblieben war. Nun begann Hitler einen britischen Luftangriff aus Griechenland gegen die rumänischen Ölfelder um Ploiești zu fürchten, die in etwa den deutschen Rohölbedarf deckten. Hitler sagte nun einerseits Mussolini Hilfe für einen gemeinsamen Angriff gegen Griechenland im Frühjahr 1941 zu – wozu er im Winter 1940/1941 Truppen über Ungarn und Rumänien nach Bulgarien verlegen ließ –, sondern drängte nun auch die Belgrader Regierung, dem Dreimächtepakt Deutschland–Italien–Japan beizutreten. Ungarn, Rumänien, die Slowakei und Bulgarien waren dieser Aufforderung bereits nachgekommen. Im Februar 1941 musste daher zuerst der jugoslawische Ministerpräsident Cvetković mit Außenminister Aleksandar Cincar-Marković auf den Berghof reisen, wenige Wochen später auch Prinzregent Paul. Hitler verlangte zwar keine militärische Hilfe, nicht einmal einen Transit über jugoslawisches Gebiet, aber den Beitritt zum Dreimächtepakt. Nach längeren Diskussionen stimmte der Kronrat in Belgrad zu und entsandte den Ministerpräsidenten samt Außenminister zur Unterzeichnung nach Wien. Kaum war der Vertrag im Wiener Belvedere unterzeichnet, fuhr die jugoslawische Delegation wieder nach Hause. In Belgrad aber hatte sich mittlerweile eine Offiziersgruppe um den Fliegergeneral Dušan Simović gebildet, die am 27. März 1941 – durchaus mit Unterstützung durch oppositionelle Politiker, Straßendemonstrationen von Studenten („Besser Krieg, als den Pakt“), der serbisch-orthodoxen Kirche und den britischen Geheimdienst – die Regierung stürzte, den Prinzregenten absetzte und den 17jährigen Kronprinzen Peter zum König ausrief.

Kaum, dass Hitler von diesem **Offiziersputsch** in Belgrad erfahren hatte, erteilte er dem Oberkommando der Wehrmacht die Weisung, Jugoslawien „als Feind“ zu betrachten und „daher so rasch als möglich zu zerschlagen“. Erklärungsversuche der neuen jugoslawischen Koalitionsregierung verhallten ungehört. Die Wehrmacht sollte aus Bulgarien, Rumänien, Ungarn und der Steiermark angreifen, Italien sollte vom Küstenland heraus vorstoßen, Ungarn die Batschka besetzen und Bulgarien Makedonien. Der Angriff begann bereits in den Morgenstunden des 6. April mit einem vom General der Flieger Alexander Löhr kommandierten verheerenden Luftangriff auf Belgrad, bei dem Hunderte Bomber, Stukas und Jagdflugzeuge zum Einsatz kamen. Goebbels ließ mit Zustimmung Hitlers als Radiofanfare die Eröffnungstakte des „Prinz-Eugen-Liedes“ ausstrahlen, eine Melodie, die 1717 im Feldlager vor Belgrad entstanden sein soll. Nach deutschen und serbischen Angaben wurden 714 Häuser völlig und 1588 teilweise zerstört; 2.500 bis 3.000 Zivilpersonen dürften getötet worden sein. Die deutschen Divisionen marschierten bereits am 10. April in Zagreb, am 13. in Belgrad und am 15. in Sarajevo ein; stärkeren Widerstand gab es lediglich im südlichen Serbien; bereits am 17. April unterzeichneten General Radivoje Janković und der ehemalige Außenminister Cincar-Marković die bedingungslose Kapitulation der Streitkräfte. Der junge König und seine Regierung hatten bereits das Land verlassen. Hitler diktierte auch sogleich – unter Berücksichtigung italienischer Interessen – die Aufteilung Jugoslawiens: Deutschlands setzte in Kernserbien mit dem Banat eine Militärverwaltung ein und unterstellte die Untersteiermark und Oberkrain deutscher Zivilverwaltung. Die zweite Hälfte Sloweniens ging an Italien; Italien nahm sich auch Nord- und Mitteldalmatien, Montenegro und den Großteil des Kosovo; Makedonien fiel an Bulgarien, die Batschka, Medjimurje und Prekmurje fielen an Ungarn. Kroatien-Slawonien und ganz

Bosnien-Herzegowina wurden zu einem „Unabhängigen Staat Kroatien“ umgewandelt und der terroristischen Ustaša-Bewegung unterstellt, deren Führer Ante Pavelić mit Erlaubnis Mussolinis heimkehren durfte. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker bezweifelte von Beginn an die Dauerhaftigkeit dieser Aufteilung: „Im Übrigen scheint mir die Neuordnung des Balkans (...) so zu erfolgen, dass keiner mit seinem Nachbarn sich vertragen kann. (...) Ich frage mich nur, wer diesen Sack voll von Flöhen jetzt im Kriege hüten wird.“